

---

	<b>Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft</b> (Zitierweise PVS)
<b>Gegründet</b>	im Auftrag der Vereinigung von Karl Dietrich Bracher, Gert von Eynern, Otto Heinrich von der Gablentz †, Gerhard Leibholz, Dolf Sternberger
<b>Herausgegeben</b>	im Auftrag des Vorstandes der Vereinigung von Erwin Faul
<b>Chefredakteur und Geschäftsstelle</b>	Prof. Dr. Erwin Faul, 463 Bochum-Querenburg, Ruhr-Universität, Geb. GC 04
<b>Redaktionsräte</b>	Prof. Dr. Erhard Forndran, Neuß; Prof. Dr. Max Kaase, Mannheim; Prof. Dr. Otwin Massing, Hannover
<b>Redaktionsassistentin</b>	Dr. Margareta Mommsen, Geschäftsstelle Bochum
<b>Fachbeirat der Redaktion</b>	Prof. Dr. Franz Ansprenger, Berlin; Prof. Dr. Hans-Joachim Arndt, Heidelberg; Prof. Dr. Klaus von Beyme, Heidelberg; Prof. Dr. Karl-Dietrich Bracher, Bonn; Prof. Dr. Udo Bernbach, Hamburg; Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel, Frankfurt; Dr. Gottfried Erb, Darmstadt; Prof. Dr. Gert von Eynern, Berlin; Prof. Dr. Iring Fetscher, Frankfurt; Prof. Dr. Axel Görlitz, Frankfurt; Prof. Dr. Helga Haftendorn, Hamburg; Prof. Dr. Hans-Hermann Hartwich, Hamburg; Prof. Dr. Wilhelm Hennis, Freiburg; Prof. Dr. Heino Kaack, Koblenz; Prof. Dr. Eugen Kogon, Darmstadt; Prof. Dr. Heinz Laufer, München; Prof. Dr. Gerhard Lehbruch, Tübingen; Prof. Dr. Richard Löwenthal, Berlin; Prof. Dr. Peter C. Ludz, München; Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Berlin; Prof. Dr. Frieder Naschold, Konstanz; Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Freiburg; Prof. Dr. Fritz Scharpf, Konstanz; Prof. Dr. Alexander Schwan, Berlin; Prof. Dr. Dieter Senghaas, Frankfurt; Prof. Dr. Kurt Sontheimer, München; Prof. Dr. Winfried Steffani, Hamburg; Prof. Dr. Heinz Josef Varain, Gießen; Prof. Dr. Rudolf Wildenmann, Mannheim
<b>Herausgeber des Sonderheftes 6</b>	Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Berlin

---

	<b>Gremien der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft</b>
<b>Vorstand</b>	Prof. Dr. Klaus von Beyme (Vorsitzender), Heidelberg; Prof. Dr. Udo Bernbach, Hamburg; Prof. Dr. Carl Böhrer, Konstanz; Prof. Dr. Siegfried Jenkner, Hannover; Prof. Dr. Peter Graf von Kielmannsegg, Köln; Prof. Dr. Otwin Massing, Hannover; Prof. Dr. Winfried Steffani, Hamburg
<b>Geschäftsführung</b>	Dipl.-Pol. Barbara Sindermann, 2 Hamburg 13, Von-Melle-Park 15
<b>Beirat</b>	Prof. Dr. Karl-Dietrich Bracher, Bonn; Prof. Dr. Ernst Otto Czempel, Frankfurt; Frau Gantzel-Kress, Frankfurt; Prof. Dr. Peter Haungs, Trier; Prof. Dr. Michael Hereth, Duisburg; Prof. Dr. Heino Kaack, Koblenz; Prof. Dr. Gerhard Lehbruch, Tübingen; Prof. Dr. Richard Löwenthal, Berlin; Prof. Dr. Franz Nuscheler, Duisburg; Prof. Dr. Kurt L. Shell, Frankfurt; Prof. Dr. Kurt P. Tudyka, Nijmegen

---

Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen.  
Anschrift: 4 Düsseldorf, Berliner Allee 59.  
Bezugsbedingungen: Die PVS erscheint vierteljährlich, Jahresumfang ca. 580 S. Einzelheft DM 18,-, Jahresabonnement DM 66,-, ermäßigter Abonnementspreis für Studierende mit Studienbescheinigung DM 48,- (zuzüglich Porto). Die Sonderhefte werden je nach Umfang berechnet und an Jahresabonnenten und Studenten zu einem Vorzugspreis abgegeben. Die Bezugsgebühren enthalten den gültigen Mehrwertsteuersatz.

Druck: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich Westf.

Anzeigenaufträge an Westdeutschen Verlag, 4 Düsseldorf, Berliner Allee 59, Postfach 1507, Tel. (0211) 823[1]437/449. Anzeigen-Preisliste Nr. 6 v. 1. 5. 1974

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wider.

Eine rasche Bearbeitung der zur Publikation angebotenen Manuskripte ist nur gewährleistet, wenn diese in 6facher Ausfertigung eingesandt werden. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in Ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung.

Für alle Beiträge behält sich der Verlag alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe. Fotomechanische Vervielfältigung (Fotokopie, Mikrokopie) für den innerbetrieblichen Gebrauch ist gewerblichen Unternehmen im Sinne des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Bei Vervielfältigungen ist je Vervielfältigungsseite eine Gebührenmarke in Höhe von DM 0,30 zu verwenden.

# Politik und Ökonomie – autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems

*Herausgegeben von Wolf-Dieter Narr*

Tagung der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft  
in Hamburg, Herbst 1973



Westdeutscher Verlag

© 1975 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Alle Rechte vorbehalten. Auch die fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie, Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages.

ISBN 978-3-531-11295-4      ISBN 978-3-322-88629-3 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-322-88629-3

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
<i>I. Globalsteuerung</i> . . . . .	13
Vorbemerkung . . . . .	15
1. <i>Dipl. Pol. Bernhard Blanke, Dipl. Pol. Ulrich Jürgens,         Dipl. Pol. Hans Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion         über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates</i>	19
2. <i>Dipl. Pol. Jürgen Hoffmann, Dipl. Pol. Willi Semmler,         Kapitalreproduktion, Staatseinflüsse auf den Arbeitslohn und         Gewerkschaften</i> . . . . .	61
3. <i>Wiking Ehlert, Zu einigen Problemen staatlicher Verwaltung im         Bereich von Infrastrukturmaßnahmen</i> . . . . .	91
4. <i>Dipl. Pol. Wolfgang Schöller, Weltarbeitsteilung, Form des Surplus-         produkts und gesamtgesellschaftlicher Reproduktionsprozeß in         unterentwickelten Ländern als Rahmenbedingungen der Rolle des         Staatsapparats</i> . . . . .	109
5. <i>Frank Seelow, Unterentwickelte Länder und Weltwährungssystem</i>	131
6. <i>Dipl. Pol. Dr. rer. pol. Ernst Piehl, Entwurf einer gewerkschaftlichen         Strategie gegenüber den Multinationalen Konzernen (MNK)</i> . . . .	165
7. <i>Dipl. Pol. Leopold Bergmann, Multinationale Unternehmen         und Gewerkschaften: Beiträge zu einer Theorie der internationalen         Arbeitsbeziehungen</i> . . . . .	191
8. <i>Prof. Dr. Gerda Zellentin, Übernationale Zusammen-         schlüsse als Bedingungen der Globalsteuerung in Europa</i> . . . . .	215
9. <i>Dr. Günther Schmid, Multivariate Verfahren zur Struktur- und         Funktionsanalyse des Staates im entwickelten Kapitalismus:         Möglichkeiten und Grenzen der Faktorenanalyse</i> . . . . .	239

<i>II. Strukturelle Bedingungen für politische Innovation</i> . . . . .	263
10. <i>Dr. Jürgen Reese</i> , Eine Strategie zur Erhöhung der „relativen Autonomie“ des politischen Systems? . . . . .	265
11. <i>Dr. Axel Murswieck</i> , Verlaufsmuster politisch-administrativer Handlungsprozesse . . . . .	281
12. <i>Prof. Dr. Heribert Schatz</i> , Staatsbürokratie im Wandel Zum wechselseitigen Verhältnis von Steuerungs- und Lernperformanz des politisch-administrativen Systems . . . . .	299
 <i>III. Politische Partizipation und Mitbestimmung</i> . . . . .	 321
Vorbemerkung . . . . .	322
13. <i>Prof. Dr. Walter Euchner</i> , Zur Dialektik von Mobilisierungs- strategien in gesellschaftsverändernder Absicht . . . . .	325
14. <i>Prof. Dr. Udo Bermbach</i> , Thesen zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen im Spätkapitalismus . . . . .	335
15. <i>Barbara Borsdorf-Ruhl</i> , Bürger und Kumpel – Initiative im Ruhrgebiet . . . . .	343
16. <i>Walter Momper</i> , Bürger und Sanierung – Bürgerinitiativen in Berlin-Kreuzberg . . . . .	365
17. <i>Dr. Frank Deppe</i> , Thesen zur Mitbestimmung . . . . .	391
18. <i>Dr. Walter Dürr</i> , Das Ahrensburger Modell. Ein Beispiel genossenschaftlicher Unternehmensdemokratie . . . . .	401
19. <i>Prof. Dr. Lothar Peter</i> , Theoretische Aspekte der Mitbe- stimmungsproblematik im Kontext der Kampferfahrungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung . . . . .	411
 <i>IV. Medienpolitik</i> . . . . .	 422
<i>Bodo Zeuner, Ralf Zoll</i> , Einführung . . . . .	423
20. <i>Prof. Dr. Jörg Aufermann</i> , Politische Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht . . . . .	431
21. <i>Dr. Wolfgang R. Langenbacher</i> , Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Reformpolitik im Medienbereich . . . . .	453

22. <i>Prof. Dr. Oskar Negt</i> , Thesen zum Begriff der Öffentlichkeit . . . .	461
23. <i>Prof. Dr. Eberhard Schmidt, Edgar Weick</i> , Betriebsöffentlichkeit, Gewerkschaftsöffentlichkeit, proletarische Öffentlichkeit . . . .	467
24. <i>Dipl. Pol. Hans J. Kleinsteuber</i> , Zur Entwicklung des Kabelfernsehens am Beispiel USA . . . . .	481

## Vorwort

### *Politik und Ökonomie: autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems*

Das Kongreßthema „Politik und Ökonomie-autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems“, das selbstverständlich mit einem Fragezeichen zu versehen ist, hatte eine dreifache Aufgabe:

- es sollte – erstens – dem Kongreß eine möglichst systematische Struktur geben, ihn davon abhalten, in vielerlei Referate zu allerlei Themen zu zerfallen;
- es sollte – zweitens – die Konzentration und Strukturierung mit Hilfe eines, wenn nicht des Zentralthemas von Wissenschaft und Politik leisten (und besteht dieses Zentralthema etwa nicht in der Frage nach der aktiven Steuerungsfähigkeit und der Funktion der tatsächlichen Steuerung des Staates; und läßt sich diese Frage anders behandeln als durch die historisch-systematische Analyse der Art des Zusammenhangs und der Form der Wechselwirkung von Ökonomie und Politik, um einmal die konventionellen Bereichseinteilungen zu übernehmen? );
- es sollte – drittens – der Öffentlichkeit die Politikwissenschaftler präsentieren nicht als quicke Problemlöser, wohl aber als eine Gruppe, die in all ihrer Heterogenität und unterschiedlichen Qualität doch erhebliche, auch vermittelt praktisch relevante Beiträge zur Analyse brennender Probleme zu bieten vermag.

Bei solch ehrgeizigem Vorhaben ist es kaum verwunderlich, daß die Ziele nicht (ganz) erreicht wurden. Inwieweit diese Ziele erreicht bzw. verfehlt wurden, dokumentieren zu einem Teil die nachfolgend abgedruckten Beiträge einer Reihe von Kongreßteilnehmern. Diese Beiträge umfassen allerdings nur einen Teil der Arbeitsgruppen des Kongresses und nur einen Teil der Referate, die in den thematisch einschlägigen Arbeitsgruppen eingebracht und diskutiert wurden. Es mußten etliche vorgesehene Beiträge aus dieser Publikation ausgeschieden werden, da sonst der Umfang des Bandes unhandlich geworden wäre. Die Herauswahl einiger Beiträge, die notwendig geworden war, geschah nach dem Hauptkriterium, auf keinen Fall eine sonst nicht vertretende, thematisch zentrale Argumentation auszusondern.

Das 1 1/2 Jahre nach dem Kongreß und über ein Jahr nach Abschluß fast aller Beiträge verfaßte Vorwort will nicht versuchen, durch eine nachträgliche systematische Entfaltung des Kongreßthemas und seiner Ansprüche diesen alles in allem doch recht heterogenen und vor allem bruchstückhaften Band mit einem einheitlichen Zuckerguß zu versehen. Es sollen an dieser Stelle nur einige Überlegungen zur Repräsentativität dieses Bandes angestellt werden, wobei es – sit venia verbot – in vereinigungspädagogischer Absicht zugleich um einige Differenzierungen im Repräsentationsbegriff, wie er einer wissenschaftlichen Tagung und Vereinigung ansteht, geht.

Im nicht sonderlich breiten und umfangreichen Presseecho-hier kommen die Politikwissenschaftler als Sozialwissenschaftler allemal an letzter Stelle und auch schlechter weg als die reputierlich besser etablierten und in der Zwischenzeit (seit 1968) wieder „brav“ gewordenen Soziologenwürde die Repräsentativität des Kon-

gresses vor allem insoweit in Frage gestellt, als man zu viele „Marxisten“ vertreten und zu wenig bekannte Fachvertreter anwesend sah. Abgesehen davon, daß sich das Erscheinungsbild insofern ‚verzerrt‘ darstellte, als erstmals auf einer Politikwissenschaftler-Tagung politökonomische Ansätze in größerer Zahl präsentiert wurden, ohne den Kongreß freilich zu bestimmen, bringt der vordergründig politisch und positionsbestimmte Repräsentationsbegriff (nach der Leitfrage: wie viel ganz ordentliche Ordinarien waren vertreten?) wenig ein. Gewiß: er prägt die z.T. in der Öffentlichkeit vertretene und z.T. mit Absicht verstärkte Meinung, als handle es sich bei den Politikwissenschaftlern in der Mehrheit doch um recht zweifelhafte Zeitgenossen, unseriöse Radikalinskas, um solche, die auf diese oder jene Art „das“ System in Frage stellen. Hier wird dann nicht nur wissenschaftlichem Fragen ein Halteverbot entgegengesetzt, es wird auch unter dem Vorzeichen von Anti-Politisierung die Wissenschaft in einer unterschwelligem Weise einseitig politisiert, daß der Vorwurf mangelnden Pluralismus (d.h. in diesem Fall mangelnder Repräsentativität) nur dann erhoben wird, wenn kritischere Positionen einmal ausnahmsweise nicht von vornherein in der hoffnungslosen Minderheit präsent sind. Diese von einem Teil der Presse fast permanent beschickte „Schule des Verdachts“ (Nietzsche) wird allerdings durch die Politikwissenschaftler selber z.T. mitbeschickt, weil sie sich, statt sich wissenschaftlich und politisch fair und gleichrangig auseinanderzusetzen, politisch in einer Weise befehden, daß entweder eine Virginia Wolfe-Szenerie (ein kommunikatives „Schnapp-zu“) oder die wechselseitige Isolation folgt. Nur: selbst diese sich wechselseitig Isolierenden sind ungleich isoliert! Kurzum: der Kongreß – und dies beweist auch dieser Band – wurde weder von „Marxisten“ manipuliert noch fehlten genügend andere Beiträge, die weder von selbst noch von fremdernannten „Marxisten“ vertreten wurden. Daß sich einige hohe Positionsinhaber der Politikwissenschaft in den Schmolli- und/oder Herrschafts-Winkel zurückgezogen haben (vielmehr seinerzeit zurückgezogen hatten – was den Kongreß angeht!), kann wohl kaum zu Lasten derjenigen zahlreich und bunt Versammelten gehen, die den wissenschaftlichen und politischen Wettstreit bevorzugen.

Gravierender fällt ins Gewicht, daß der Kongreß – und dieser Band – den Ansprüchen, die das selbst gestellte Thema mit sich brachte, kaum zureichend nachkamen. Mit der problembezogenen, wissenschaftlichen Repräsentativität ist es also nicht zum besten bestellt. Dieser Mangel erklärt sich nur daher, daß eben nicht alle Themen auf einem zeitlich begrenzten Kongreß behandelbar sind. Vielmehr klaffen in der sozialwissenschaftlichen (und damit auch politikwissenschaftlichen) Behandlung auch nur der zentralen Fragen, die das System der Bundesrepublik Deutschland betreffen, beträchtliche, kaum entschuldbare Lücken. Diese Lücken resultieren nicht primär daher, daß beim Mangel an übereinstimmend gebrauchten Grundbegriffen und Theorien im Rahmen der Sozialwissenschaft (die als Begriff schon gegen die schlechte Vielfalt der Sozialwissenschaften formuliert wurde, freilich als kaum empirisch begründetes Postulat) jeder seiner Meinung in eigens definierten Kategorien Ausdruck verleihen kann, ein Unding zwar, aber ein Faktum. Diese Lücken sind auch nicht primär darin begründet, daß das Ausweichen in schmissige Terminologien, schöne Modelle, problemabstrakte, aber griffige Theoreme und breite Literaturdiskussion allemal ein Versäumen systematischer, empirisch bezogener Analyse erlaubt. Diese Lücken gründen vielmehr vor allem darin, daß es keinerlei sozialwissenschaftliche Forschungsorganisation gibt, daß der Individualismus der Einzelforscher durch Prüfungsordnungen, Karrieremuster und Finanzgebaren bis zum Exzeß ge-



fördert wird, daß deshalb der „große Bluff“ (Wolf Wagner) auch und gerade in arri-  
vierten Wissenschaftskreisen zum Gewerbe gehört. „Klappern“ gehört bestimmt zu  
jedem Beruf, und gegen schöne Stiefel ist allemal nichts einzuwenden. Doch der gemäß  
der Reputationslogik geforderte, für erforderlich gehaltene Bluff geht weit darüber  
hinaus. Da werden dann fortlaufend – und das in 30ig Seiten-Aufsätzen! – gesamtgesell-  
schaftliche Krisen- und Konflikttheorien präsentiert, werden Bürgerinitiativen zu  
Systemüberwindern stilisiert, werden empirische Staubkörner (ohne zureichenden  
Verlässlichkeits-, gar Aussagetext) in den analytischen Adelsstand erhoben . . . kein  
Wunder, daß aus solchem reputierlich kreißenden, in sich selbst am feindlich ver-  
liebten Berg Raum analytisch begründete, empirisch fundierte, gar systematisch zu-  
reichende Analysen zu Tage treten. Politikwissenschaft ist – wie die Sozialwissen-  
schaften insgesamt – in Gefahr sich zu einem guten Teil literarisch selbst zu er-  
nähren.

Die mangelnde sachliche Repräsentativität hat aber nicht nur ihren Grund in der  
fehlenden Forschungsorganisation, die mit Forschungskontrolle i.S. einer Kontrolle  
der Themata nicht zu verwechseln ist (letztere ist im Ansatz durchaus vorhanden;  
vgl. die Bemerkungen zum ersten Repräsentativitätsbegriff). Sie rührt auch daher,  
daß der Traditionsbruch im Rahmen der Politikwissenschaft nicht aufgehoben  
(Hegel) worden ist. Ein übriges tut die hochschulpolitische Situation, die an vielen  
Universitäten Politikwissenschaftler zu Paukern macht. Unter nicht bewältigtem  
Traditionsbruch ist die Beobachtung zu verstehen (vgl. hierzu auch Hans Kastendiek),  
daß die Politikwissenschaft ihre notwendige Ablösung von der politischen Bildung,  
einer oberflächlichen Institutionen- und normativen Demokratielehre (besser fast  
„kunde“) noch nicht verkräftet hat. Abgesehen vom Fortleben dieser „Kunden“  
ist an deren Stelle oft eine unhistorische, taxonomienversessene „Systemtheorie“  
(mehr oft ein undurchschautes Sprachspiel) und eine fundamentalistisch-unvermit-  
telte Politikökonomie getreten, die es erst in einigen Ansätzen geschafft hat, systema-  
tisch-theoretischen Bezug und empirische Analyse ohne reduktionistisches Gebaren  
zu verbinden. Der Traditionsbruch kann selbstverständlich zureichend nicht dadurch  
überwunden werden, daß man entweder restaurativ die alte und bewährte“ Tradi-  
tion wiederaufleben läßt (bzw. hochschulpolitisch durchsetzt); er kann auch nicht  
so bewältigt werden, daß man einen modischen Elektizismus und Synkretismus  
betreibt: von jedem ein bißchen – je nach Opportunität. Er kann vielmehr nur da-  
durch überwunden werden, daß man an empirischen Problemen orientiert systema-  
tische Analyse entfaltet, die in jedem Fall – und insofern ist das Kongreßthema je-  
derzeit zu rechtfertigen – den Kontext „Ökonomie und Politik“ vorrangig zu beach-  
ten hat. Einen Königsweg gibt es nicht, Holzwege, auch vorweg erkennbare, aber  
viele. Wenn ein solcher, an dieser Stelle nur allgemein zu charakterisierender, nicht  
auf Originalität wohl aber auf forschende Nachfolge erpichter Ansatz tatsächlich ge-  
pflogen würde (einschließlich von einer Brise Forschungsstrategie und ein bißchen  
Forschungsorganisation jenseits des individuellen Horizonts), dann könnte es wohl  
kaum geschehen, daß man zu Steuerungsmedien, zu Parteien und Parlament (aber  
bitte nicht im Stil herkömmlicher Phänomenologien) usw. usf. sowenig und so  
wenig materialreiches erfährt. Dann müßten die gebrauchten Methoden ebenso  
durchsichtig nachvollziehbar sein, wie man über die Lücken erfähre wie über die  
systematisch notwendigen Anschlußstücke. Eine Politikwissenschaft, die in solche  
Richtung marschierte, würde weder in sich konfliktlos ausfallen noch würde sie gar  
Lieb-Kind von allen werden. Jedoch würden sich dann die Konflikte sachlich lohnen

und eine mittel- und langfristige Relevanz über die Funktion des Terminologie- und Legitimationslieferanten hinaus könnte gewährleistet werden.

Kehren wir zurück von der – so nahe liegenden, so erforderlichen – Utopie zur Realität dieses Bandes und der Politikwissenschaft zumal: Mögen die einzelnen Beiträge zu Analysen des obigen Musters anregen, ja erste Schritte zeigen. Mag auch die nicht ausredenerische, nicht schlecht rationalisierende Reflexion über die Art und die Begründung der Lücken durch diesen Band stimuliert werden. Man würde der Politikwissenschaft und auch diesem Band einen Bärendienst tun, würde man sich mit ihrem jetzigen Stand zufrieden geben. Freilich – und durchaus nicht nur als Politikwissenschaftler gesprochen – mit den anderen Sozialwissenschaften kann sie schon mithalten. Nur . . .

Zürich, im März 1975

Im Auftrag des seinerzeitigen Vorstands  
Wolf-Dieter Narr